



Interviews

Datum: 14. Juni 2026

Moritz Küpper im Gespräch mit Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Küpper: Heute mit Moritz Küpper, und wir zeichnen das Interview der Woche am Freitagnachmittag auf, am Tag, nachdem die Europäische Zentralbank erstmals seit knapp drei Jahren, seit dem September 2023, an der Zinsschraube gedreht hat, den Zinssatz erhöht hat, angehoben hat, eine gute Gelegenheit, um mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank und natürlich auch EZB-Ratsmitglied zu sprechen, mit Joachim Nagel, herzlich willkommen.

Nagel: Hallo, Herr Küpper.

Küpper: Herr Nagel, ich habe es gesagt, erstmals wurde der Zinssatz seit Jahren wieder angehoben. Ist das jetzt ein Paradigmenwechsel?

Nagel: Ich denke, es ist eine Reflexion der aktuellen Lage. Wir hatten ja im April, also in der Sitzung davor, uns noch zurückgehalten, wollten die Situation einordnen. Wir haben es mit einem Angebotsschock zu tun. Die Preise sind stark gestiegen, und nach den neuen Projektionen ist es eben so, dass wir in diesem Jahr für den Euro-Raum mit einer Inflationsrate rechnen von 3-drei Prozent. Auch im folgenden Jahr werden wir noch deutlich über unserer Zielmarke von 2-zwei Prozent liegen. Erst 2028 kommen wir nach unseren Schätzungen dann wieder zu den 2-zwei Prozent zurück. Insofern war das eine ganz konsequente Entscheidung, jetzt die Zinsen anzuheben.

Küpper: Sie haben es skizziert, bis 2028, dann erst sozusagen wieder Entwarnung bei der Inflation, sprich das geht jetzt so weiter. Es gab eine wirkliche Zinswende?

Nagel: Also, wir wissen ja, dass die ganze Situation überaus, man kann schon fast sagen, tagesvolatil ist. Also auch unsere Schätzungen sind natürlich mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Deswegen sind wir ja auch in der Kommunikation seitens der Geldpolitik so aufgestellt, dass wir zu Recht sagen, wir entscheiden von Sitzung zu Sitzung und das dann auch entsprechend datenabhängig. Das finden manche langweilig, dass wir so argumentieren, aber es hat sich gezeigt in der Vergangenheit,

dass das genau der richtige Weg ist hinsichtlich der geldpolitischen Einordnung in einer Welt, die durch eine ganz große Unsicherheit geprägt ist. Und das spiegelt sich dann auch in der Geldpolitik wider. Und im Rahmen dieser sehr unsicheren Umgebung müssen wir dann entsprechend geldpolitisch agieren. Das haben wir jetzt getan und werden dann alle Optionen uns offenhalten, wenn wir dann wieder im Juli zusammenkommen. Und dann werden wir neu entscheiden.

Küpper: Sie sprechen die Tagesaktualität an, die volatile Lage weltweit. Wäre es da nicht vonseiten der Geldpolitik auch ein Weg, Verlässlichkeit auszustrahlen und ein wenig in die Zukunft zu schauen und klarere Planken zu geben, also sprich eine wirkliche Zinswende auch zu kommunizieren?

Nagel: Also, ich denke, diese Verlässlichkeit, die haben wir ja eigentlich gezeigt jetzt mit der Zinsentscheidung, indem wir deutlich gemacht haben, für uns ist Preisstabilität, das ist unser Mandat, das ist unser Ziel. Und wir wissen auch, dass wenn du dich in einer preisstabilen Umgebung bewegst, dass das beste Signal ist für die Wirtschaft, dann wird auch investiert. Dann wird konsumiert. Im Grunde genommen geben wir ganz klar diesen berechenbaren Rahmen vor. Und da stehen wir jetzt in der Tradition der letzten Jahre, indem wir uns genau diesen Themen oder diesem Themenblock verpflichtet haben. Und so haben wir auch ganz konsequent agiert. Also, ich sehe da keinen Widerspruch, und ich glaube, die Wirtschaft weiß, woran sie ist mit der Geldpolitik in Europa. Und das zeigen ja auch die Zustimmungswerte zur Geldpolitik im Euroraum. Unsere Strategie ist verstanden. Insofern, glaube ich, können wir schon sagen, dass wir alles tun werden, um eben unserem Mandat gerecht zu werden.

Küpper: Ihr Mandat, Sie haben es betont, sieht die Preisstabilität vor, das ist Ihr Auftrag. Bei rund 2-zwei Prozent soll die Inflation liegen. Das ist Ihr Ziel. Nichtsdestotrotz, es gab jetzt auch Kritik, weil eben die Wirtschaft schwächelt im europäischen Raum, auch in Deutschland, dass man mit dieser Zinsentscheidung an dieser Seite natürlich für die Konjunktur die Lage durchaus jetzt erschwert hat.

Nagel: Also, ich kenne die Kritik, aber die Kritik ist aus meiner Sicht eine sehr kurzfristige in Einordnung. Für den längerfristigen, mittelfristigen Ausblick ist es einfach viel wichtiger, Preisstabilität zu haben. Das hilft der Wirtschaft am meisten. Es mag kurzfristig jetzt so sein, dass natürlich bestimmte Refinanzierungsbedingungen sich verteuern. Das ist keine Frage, aber auf die mittlere Frist, längere Frist tun wir der Wirtschaft den größten Gefallen damit, dass wir klarmachen, dass Preisstabilität dazugehört, um über zukünftiges Wirtschaftswachstum zu sprechen. Dann wird investiert, dann wird konsumiert, und das ist das, was wir wissen aus der Geldpolitik. Also, das ist das Einmaleins der

Notenbanken, und genau nach Textbuch haben wir hier agiert. Und so wird es auch in Zukunft sein.

Küpper: Sie kennen auch die Vergangenheit. 2008, 2011, da gab es Konstellationen, die im Grunde genommen ähnlich gelagert waren wie jetzt. In beiden Fällen wurden damals ebenfalls die Zinsen erhöht. Und dann wurde wenig später, als die Inflation dann doch nicht so anzog, sozusagen wieder korrigiert, um die schlechte Wirtschaftslage wieder zu beschleunigen, zu verbessern sozusagen. Was ist heute anders zu damals? Denn Sie haben es ja selber gesagt, der Krieg im und mit dem Iran, die Energiepreisschocks daraus, das kann sich ja alles jetzt sehr schnell ändern.

Nagel: Es ist sicherlich so, ich höre natürlich auch immer wieder die Analogie zu den beiden Episoden, die Sie nannten, 2008, 2011, aber die Situation ist heute eine andere. Wir wissen mehr. Wir haben unsere geldpolitische Strategie auch verändert. Wir denken viel mehr in Szenarien. Und alle Szenarien, die wir rechnen, auf der geldpolitischen Seite, also auch die mildereren Szenarien deuten darauf hin, dass es geldpolitisch angeraten ist, diese Zinsanpassung vorzunehmen, so wie wir es getan haben. Und wir werden uns das weiter anschauen. Also, das ist eine andere Situation als die, auf die Sie Bezug genommen haben. Und nochmals, geldpolitisch ist für uns einfach das Mandat vorrangiges Ziel, von dem wir wissen, dass es der Wirtschaft am besten tut, Preisstabilität. Insofern ist mir nicht bange. Also, ich sehe diese Vergleiche, diese Analogien zu früheren Episoden sehe ich nicht. Wir agieren heute, glaube ich, auf einem ganz anderen Level, als wir damals eben unterwegs waren, einen anderen Kenntnisstand haben wie die Geldpolitik im Euroraum durchwirkt. Insofern ist das richtig, was wir getan haben.

Küpper: Welchen Effekt hätte es denn, wenn nun zeitnah eine Lösung im und mit dem Iran gefunden würde, was ja durchaus auch suggeriert wird durch den US-amerikanischen Präsidenten?

Nagel: Also, es ist zunächst einmal so, das ist ja das, was wir uns alle wünschen, dass dieser Konflikt ein Ende findet, dass die Unsicherheit herausgeht aus den Märkten, die im Übrigen natürlich ganz schlecht ist für die Wirtschaft in Deutschland, in ganz Europa global. Die Effekte, die würden ihre Zeit benötigen, um dann letztendlich wieder oder möglicherweise kommen wir auch gar nicht mehr dahin, auf den Daten dann aufzusetzen, die wir vor diesem Konflikt hatten, weil natürlich sich Lieferketten verändert haben, möglicherweise die Risikoprämien auch zunehmen, die möglicherweise dann eingefordert werden, wenn es dann darum geht, Waren durch die Straße von Hormus zu bringen. Also, es kann durchaus sein, dass wir zunächst einmal über eine längere Zeit auf einem höheren Preisniveau aufsetzen werden. Also

deswegen, es wird schon auch die Zeit dauern, bis man dann das alles wieder zurückgedreht hat, was jetzt durch diesen Konflikt entstanden ist, und möglicherweise hat sich der globale Kontext stark verändert. Auch Handelsbedingungen, Ströme, ich hatte es schon angesprochen, haben Veränderungen erfahren. Also, es ist schwierig, da in die Kristallkugel zu schauen, aber ich vermute fast, dass wir zu diesem Zustand, wie er eben war vor diesem regionalen Konflikt, gar nicht mehr hinkommen werden.

Küpper: Aber Zweitrundeneffekte, also wenn sich das allgemeine Preisniveau von Gütern und Dienstleistungen dahin überträgt, die liegen ja bisher noch nicht vor.

Nagel: Also, Zweitrundeneffekte, möglicherweise über höhere Löhne, kann man noch nicht sehen, aber was man sehen kann, und da zeigt sich das dann doch, ist bei der Kerninflation. Also, wenn wir eben beispielsweise die Energiepreise, Nahrungsmittelpreise dann aus der breiteren Inflationsrate herausrechnen, sieht man schon, dass auch die Kerninflationsrate angezogen hat. Und all das, was wir wissen, es ist einfach extrem unwahrscheinlich, dass wenn man mit einem so starken Angebotsschock konfrontiert ist, dass sich das dann nicht durch die ganze Wirtschaft frisst, in allen Sektoren bemerkbar macht. Also, deswegen ist so ein milder Zinsschritt jetzt einfach notwendig gewesen, um klar und deutlich zu machen, dass man hier wachsam ist, aufmerksam ist seitens der Geldpolitik und dass sich dann vor allem auf der mittleren Frist, und darum geht es ja, dann die Inflationserwartung stabilisieren und sich nicht eben zu weit von unserem Inflationsziel von 2-zwei Prozent entfernen.

Küpper: Aber wenn ich Ihnen jetzt zuhöre, ich meine, es ist eh Ihr Kernauftrag. Sie haben es angesprochen, die Preisstabilität, aber dann scheint dieser Kampf um die Inflation durchaus ein zentrales Thema in den nächsten Jahren zu werden und durchaus schwieriger zu werden angesichts all dieser Punkte, über die wir jetzt gerade schon gesprochen haben.

Nagel: Also, es ist sicherlich nicht einfacher geworden durch diese regionale Auseinandersetzung, durch den Konflikt, weil sicherlich jetzt noch mehr die Fragen in den Mittelpunkt rücken: Wie geht es mit der Energieversorgung weiter? Wie stellen sich die Länder hinsichtlich energieversorgungsseitig auf? Wie diversifiziert man sein Portfolio? Es ist möglicherweise auch ein stärkerer Wettbewerb um die Ressourcen zu erwarten. Und das ist natürlich alles unter den Ceteris-paribus-Annahmen, dass dieser Konflikt irgendwann gelöst ist und nicht neue Konfliktsituationen entstehen. Also, wir sind leider, man muss es so sagen, in einer Welt angekommen, die auch perspektivisch möglicherweise über diesen Konflikt hinaus von Unsicherheiten, von Veränderungen geprägt sein wird.

Küpper: Ich will auch noch auf andere Themen kommen mit Ihnen. In diesem Interview der Woche im Deutschlandfunk, zu Gast der Bundesbankpräsident Joachim Nagel. Aber weil wir gerade bei der Inflation sind und weil es ja auch ein Thema unserer Zeit ist: Der Einfluss, der Effekt von künstlicher Intelligenz, auch gerade bei der Inflation, was erwarten Sie da?

Nagel: Also, das ist sicherlich ein ganz breites Feld. Ich meine, dann ist man auch noch am Anfang der Forschung zu dem Thema. Es gibt viele, die natürlich jetzt sehen, dass natürlich die Nachfrage nach insbesondere Hardware-Komponenten, die ja notwendig sind, um diese Rechenleistung zu generieren, die notwendig sind für KI, dass das Preiseffekte auslöst, also sprich höhere Preise und damit die Inflation perspektivisch gesehen, wenn man an die Produktivität denkt, und da verdichten sich doch eher die Anzeichen, dass KI produktivseitig hilft, dass das eher dann wieder preisdämpfend wirken könnte. Ich denke, wir sind erst am Anfang dieser Geschichte, aber klar ist schon aus heutiger Sicht, wir haben es mit einer disruptiven Technologie zu tun, die man hoffentlich so nutzen wird und kann, dass sie uns wirtschaftlich voranbringt, aber wir sind da gerade am Beginn einer ganz spannenden Zeitreise, was dieses Thema angeht. Und wir erleben es ja alle täglich, dass uns KI jetzt mittlerweile schon bei so vielen Themen begegnet. Aber wie gesagt, das ist erst der Anfang, und wir seitens der Geldpolitik müssen uns das natürlich genau anschauen, was hat es für einen Effekt auf den Arbeitsmarkt. Produktivität hatte ich angesprochen, und damit einhergehend die Preiseffekte für uns Notenbanker, aber nicht nur für uns ein extrem spannendes Thema.

Küpper: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk mit dem Bundesbankpräsidenten. Wir haben über Europa gesprochen. Die EZB hat in dieser Woche entschieden, in der kommenden Woche da steht ihr amerikanischer Kollege, Ihr neuer Kollege, Kevin Warsh im Blickpunkt, die Federal Reserve, die amerikanische Notenbank. Gerade erst wurde er von Donald Trump ernannt. Und er hat ihm nun schon auf den Weg gegeben, dass er sich eine Zinssenkung wünscht, obwohl die USA ja bei einer Inflation von rund vier Prozent liegen. Was würde das bedeuten, auch im Zusammenspiel mit Ihrem Kurs hier in Europa?

Nagel: Also zunächst einmal vielleicht, bevor ich auf Ihre eigentliche Frage eingehen darf, ich hatte es in der Vergangenheit immer wieder betont, die Unabhängigkeit der Notenbanken. Und ich denke, das wird auch für Kevin Warsh entscheidend sein, und er wird sicherlich daran für sich selbst nicht rütteln wollen.

Küpper: Glauben Sie, dass das gelingt?

Nagel: Ich denke, es gelingt ihm. Er ist auch jemand, ich habe ihn das ein oder andere Mal kennenlernen dürfen, er ist ja ein ganz erfahrener Notenbanker. Er hat ja

viele Jahre auch selbst für die Fed in anderer Funktion gearbeitet. Und ihm ist sicherlich bewusst, was für ein Asset, für einen Wert es an sich ist, dass die Geldpolitik unabhängig geschehen kann. Zunächst einmal ist es so, wir im Euroraum, wir müssen unsere Aufgaben erfüllen. Das haben wir jetzt erst einmal wieder getan mit einer Zinserhöhung und werden weiterhin wachsam bleiben. Deswegen bin ich immer sehr zurückhaltend zunächst einmal, auf die andere Seite des Atlantiks in so einer Hinsicht zu schauen, um dort irgendwelche Empfehlungen auszusprechen. Ich bin davon überzeugt, die Fed hat viele ganz qualifizierte Kolleginnen und Kollegen. Die werden die Lage sauber analysieren, die Inflationsraten in den USA, zuletzt waren die ja auch höher. Da muss man einmal sehen, wie jetzt die Einordnung unter Kevin Warsh ausfällt, aber ich muss Ihnen auch klar sagen, ich bin gespannt, wie er jetzt seinen Job antreten wird. Ich kann Ihnen nur sagen, in der relativ kleinen Welt der Notenbanken ist Kevin Warsh auf alle Fälle herzlich willkommen.

Küpper: Aber der Druck, den der US-Präsident macht, der ist ja schon augenscheinlich.

Nagel: Ja, ich meine, ich will jetzt nicht zu viel zu Donald Trump sagen. Wir wissen, wie er teilweise agiert. Ich habe vieles davon auch kritisch kommentiert, weil es sicherlich nicht der gemeinsamen Sache dienlich ist. Jetzt muss man einmal sehen, wie Kevin Warsh in diesem Konzert der politischen Meinungen agieren wird und wie er dort sich seine Stellung erarbeiten wird. Er wird aus meiner Sicht, nehme ich einmal seine Historie, als Ökonom sicherlich sehr vorsichtig entsprechend agieren und schauen, dass er seinen Job macht.

Küpper: Dann lassen Sie uns zurückkehren nach Europa, auch nach Deutschland, gucken wir auf die Wirtschaftslage hierzulande. Wir haben es schon angetippt, viel geht aktuell auch um die Performance der Bundesregierung, um die Reformbereitschaft des Landes. Darüber wird viel diskutiert. Wie ist Ihr Eindruck? Macht das Ganze Fortschritte?

Nagel: Also, die Bundesbank hat ja jetzt ganz aktuell ihren Ausblick für die nächsten Jahre präsentiert.

Küpper: Prognosen.

Nagel: Für dieses Jahr die Prognose, ein Wachstum von 0,5 Prozent, deutlich schwächer, als wir noch vor einiger Zeit dachten für das nächste Jahr. Dann etwas mehr, 0,8 Prozent und 2028 dann 1,4 Prozent, was ja durchaus doch ordentlich wäre, wenn das hoffentlich dann auch so kommt. Und ein Großteil dessen, was wir hier als Wachstumsimpuls sehen, kommt aus dem Investitionspaket der Bundesregierung. Das heißt, das Paket zeigt Wirkung. Es könnte sicherlich noch

mehr Kraft entfalten, wenn man es jetzt hinbekommen würde, die ein oder andere Stellschraube noch anzupacken, in die richtige Richtung zu drehen, aber klar ist, dieses Land benötigt weitere Wachstumsimpulse, um unsere Wettbewerbsfähigkeit entsprechend zu verbessern. Alles, was ich so höre und sehe, das ist der Bundesregierung bewusst. Und jetzt geht es darum eben, in die Umsetzung zu kommen, und bis zur Sommerpause hat man ja noch einiges vor. Und aus Notenbanksicht drücke ich die Daumen, dass das auch gelingt.

Küpper: Sie haben es gesagt, die Prognose angesprochen, eine Erholung dann bis Ende 2028 prognostizieren Sie und begründen das unter anderem eben mit diesen kräftigen Impulsen aus der Fiskalpolitik. Aber sind das dann nicht letztendlich gekaufte, geliehene Impulse, sprich Impulse auf Schuldenbasis?

Nagel: Also, es ist, denke ich, immer so, wenn man über längerfristige Investitionen spricht, dann ist es durchaus auch legitim, dass man hier schuldenfinanziert agiert, weil ja auch zukünftige Erträge, sprich Wachstumsimpulse, dann auch letztendlich auf der steuerlichen Seite ihre Wirkung hinterlassen werden. Also, das ist das, was Wirtschaftspolitik eigentlich seit jeher schon immer getan hat. Ich muss Ihnen sagen, da habe ich die Diskussionen nie so richtig ganz verstanden, warum man hier so kritisch unterwegs ist. Man wird sehen, dass es hier positive Impulse gibt. Ich habe es ja eben auch mit der Deutschlandprognose der Bundesbank zum Ausdruck gebracht. Es wird deutlich schwieriger ausschauen, wenn wir dieses Fiskalpaket nicht hätten. Wenn es uns jetzt noch gelingt, die Produktivität anzuschieben, indem wir eben an der Reform der Alterssicherungssysteme arbeiten, wenn wir es schaffen, die großen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und auch Technologie, Innovation attraktiver in Deutschland zu machen und dann noch die europäische Ebene anschieben – die darf man im Übrigen dabei nicht vergessen, die kommt ja manchmal zu kurz, wir haben ja in Europa noch einiges vor uns, was uns helfen würde, insgesamt Europa wettbewerbsfähiger zu machen –, dann bin ich gar nicht so skeptisch und negativ, wie man das ein oder andere so wahrnimmt in Deutschland. Die Stimmung ist ja nicht so besonders gut. Manchmal machen wir uns auch deutlich schlechter, als wir in Wirklichkeit sind. Das hilft im Übrigen auch nicht im Ausland, die ja bei uns investieren wollen, wenn man dort immer berichtet, wie schwierig es bei uns sei. Es ist zwar herausfordernd, aber so schlecht, wie wir uns manchmal darstellen, ist es in Deutschland nun wirklich nicht.

Küpper: Dann nehme ich den Ball direkt auf. Die EU plant ja auch, den Mitgliedstaaten mehr Freiraum bei den Schulden zu geben, bei der Verschuldung. Also, nicht nur Verteidigungsausgaben sollen anrechenbar sein, auch Transformationskosten. Und man entfernt sich damit ja immer mehr von dieser

legendären Drei-Prozent-Schuldengrenze, die gerade ja eigentlich erst reformiert worden ist. Ist das der richtige Kurs?

Nagel: Es ist sicherlich ein Kurs, der nur dann aus meiner Sicht tolerabel ist, wenn er für eine begrenzte Zeit und für ein bestimmtes Thema angelegt ist. Aber er darf nicht zulasten der Konsolidierungsanstrengung der nationalen Haushalte gehen. Das ist ein Punkt, den ich immer wieder betont habe.

Küpper: Droht da Gefahr?

Nagel: Manch einer hat mein Argument vielleicht falsch verstanden, dass ich mich jetzt für so eine breite europäische Verschuldungspolitik ausgesprochen hätte. Das ist überhaupt nicht der Fall, ganz im Gegenteil. Ich sehe das nicht. Die Bundesregierung hat hier eine starke Position bei dem Thema, zu Recht, auch unterstützt durch andere Länder im Euroraum. Deswegen sehe ich die Gefahr nicht und, wie gesagt, wenn dann überhaupt nur für ein bestimmtes Thema, für eine bestimmte Zeit. Und wenn man sich darüber dann tatsächlich auch Wettbewerbsverbesserung verspricht, es kann natürlich auch so sein, wenn man sich bei bestimmten Themen, auch bei der Verteidigung möglicherweise in Zukunft stärker koordiniert, dass man damit auch Synergien heben kann. Europa muss genau nachdenken, wenn es darum geht, europäische Schulden aufzubauen, was da passiert, wie es passiert, und vor allem auch die zeitliche Begrenzung muss immer da eine Rolle spielen.

Küpper: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Joachim Nagel, dem Präsidenten der Bundesbank. Herr Nagel, wir haben Reformen auf deutscher Ebene angesprochen. Wir haben Impulse auf Europa gesetzt. Eines könnte kommen durch die sogenannte Kapitalmarktunion. Da haben die sechs großen Volkswirtschaften in Europa, die sogenannten E6, unter anderem eben Deutschland und auch Frankreich, nun Impulse gesetzt. Ist das wirklich etwas, was realistischerweise jetzt bis vielleicht sogar zum Jahresende kommen könnte? Und was hätte da für einen Effekt?

Nagel: Also, zunächst einmal glaube ich, das ist eine sehr gute Initiative, die Lars Klingbeil als Bundesminister der Finanzen hier angeschoben hat, dass man sich jetzt in diesem Kreis der E6-Länder versucht zu verständigen. Ich denke, manchmal benötigt es so ein Kulminationspunkt für eine bestimmte Entwicklung, wo man sich gemeinsam eben über die größten Länder verständigt, Themen anzuschieben. Und ich bin durchaus optimistisch, dass es uns gelingt. Es gibt jetzt einen Vorstoß zu einer gemeinsamen Kapitalmarktaufsicht bei anderen Themen, Kapitalmarktunion insgesamt oder Spar- und Investitionsunion. Wir müssen bei dem Thema vorankommen. Also, ich will eigentlich gar nicht ein Szenario jetzt mir vorstellen wollen, dass da nichts passiert. Das ist in Brüssel mittlerweile auch verstanden.

Manches dauert ein wenig lange. Ich denke, jetzt ist es für alle Beteiligten klar, die Antwort muss sein, mehr Europa und nicht weniger Europa. Das, was vor uns liegt, kann nicht alleine über die Nationalstaaten erledigt werden. Und alle haben mittlerweile doch verstanden, dass es eben allen guttut, wenn wir einen einheitlichen Kapitalmarktraum schaffen, die Barrieren an der Stelle auflöst und damit auch privates Kapital, was ja notwendig ist für die zukünftigen Herausforderungen, Transformation unserer Wirtschaft beispielsweise, wie können wir die Energiethemen gemeinsam lösen. Dafür benötigen wir privates Kapital und dafür müssen die Regeln vereinheitlicht werden. Die 27 Länder in der Europäischen Union bieten doch an der ein oder anderen Stelle hier einen Flickenteppich. Und das ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Das passt nicht in die immer komplizierter gewordene Welt, und da müssen wir jetzt ran.

Küpper: Könnte das beispielgebend sein für die gesamte EU, für alle Themen, wo es ja häufig kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem gibt?

Nagel: Ja, es ist vielleicht nicht nur dieses Umsetzungsproblem. Ich glaube, es ist einfach die wichtige Frage, man muss vielleicht an der ein oder anderen Stelle eine dogmatische Grundhaltung aufgeben. Wer in Europa etwas vom anderen haben möchte, muss bereit sein, auch etwas aufzugeben, abzugeben. So war das schon immer in Europa. Das finde ich im Übrigen auch nicht schlimm. Ich meine, Europa hat uns doch allen recht gut getan als Friedensprojekt in den letzten 80 Jahren. Und die Europa-Skepsis, die schmerzt mich manchmal, die tut mitunter weh. Und wir sollten uns alle mehr mit dem Blick nach Europa wenden. Im Übrigen ist es unser wichtiger Wirtschaftsraum. Und wer glaubt, dass die USA oder auch China wieder zurückkommen in der Form, dass dort die alten Exportmärkte genauso wieder sind, wie sie noch vor Jahren waren, den muss ich leider enttäuschen. Das wird nicht passieren. Deswegen, wir müssen die Koalition in Europa noch enger schmieden. Wir müssen nach anderen Kooperationspartnern suchen. Mercosur-Abkommen nur als Stichwort oder auch mit dem ozeanischen Raum stärker zusammenarbeiten. Europa muss sich sammeln, um wirtschaftlich stark und relevant zu bleiben.

Küpper: Europa muss sich sammeln, sagen Sie. Herr Nagel, zum Abschluss dieses Interviews der Woche im Deutschlandfunk, wir reden am Ende einer Woche darüber, dass das deutsch-französische Verhältnis, die deutsch-französische Freundschaft durchaus eine gewisse Belastung erfahren hat. Das Aus vom FCAS, um ein Beispiel zu nennen. Nichtsdestotrotz, Sie haben gerade die ranghöchste Auszeichnung Frankreichs bekommen, sind damit geehrt worden, dem Orden der Ehrenlegion. Ist das nicht etwas skurril, dass wir gerade auf dem Feld der Geldpolitik so eine verlässliche deutsch-französische Freundschaft scheinbar haben, aber nicht in anderen Feldern?

Nagel: Ja, ich weiß nicht, ob das skurril ist. Das eine ist natürlich jetzt eine große Ehre. Manchmal mag man das auch als Bürde empfinden, das Deutsch-Französische. Man hört es mir ja auch an, ich bin als Karlsruher nahe der französischen Grenze großgeworden und vieles, was ich in meiner Familie erlebt habe, in der Geschichte, hat viel mit Frankreich zu tun gehabt, in vielen Jahren leider recht auch unheilvollen gemeinsamen Geschichte. Deswegen ist mir dieses europäische Frankreich so wichtig, dieses Friedensprojekt Europa. Es war schon immer so, dass an der ein oder anderen Stelle einmal gehakt hat. Sie hatten jetzt FCAS angesprochen. Aber wenn ich den Bundeskanzler in einer Rede, die er gehalten hat zum Ausgang der Woche, richtig verstanden habe, heißt das ja nicht, dass man auf der Verteidigungsseite nicht weiter eng mit Frankreich zusammenarbeiten würde, ganz im Gegenteil. Deswegen ich bin da sehr zuversichtlich. Wir wissen, was wir aneinander haben, Deutschland und Frankreich. Und ich werde meinen Teil dazu beitragen, über die Geldpolitik. Und deswegen halte ich es auch nicht für ungewöhnlich, dass das jetzt so passiert ist. Wie gesagt, ich freue mich darüber. Und ich versuche, meinen kleinen Beitrag zu leisten, dass das in Zukunft noch besser wird.

Küpper: Sagt im Interview der Woche Joachim Nagel, der Präsident der Deutschen Bundesbank. Herr Nagel, ich danke Ihnen sehr für Ihre Zeit und das Gespräch.

Nagel: Ich danke Ihnen ebenfalls.